



Presseschau vom 16.06.2016:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends / nachts:

Dan-news.info: Ukrainische Truppen haben heute Abend **Dokutschajewsk** beschossen, sieben private Wohnhäuser wurden beschädigt. Dies teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„Um 19:15 hat die ukrainische Seite das Feuer auf Dokutschajewsk eröffnet. In der Folge des Beschusses wurden Häuser auf der Walow-Straße 5/5, 13/2, 14, 15, auf der Schtschorse-Straße 28 und der Bogdan-Chelnizkij-Straße 21 beschädigt“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Außerdem haben ukrainische Truppen am Abend mit Geschützen des Kalibers 152mm **Sosnowskoje** im Nowoasowsk-Bezirk im Süden der DVR beschossen. Dies teilte heute eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„Um 20:30 haben die ukrainischen Streitkräfte das Feuer mit Artilleriegeschützen des Kalibers 152mm auf Sosnowskoje eröffnet“, informierte der der Gesprächspartner der Agentur. Nach Angaben der Quelle schoss der Gegner von den Positionen im Gebiet des besetzten Dorfes Pawlopol. Gemäß der Information des Gesprächspartners schossen die ukrainischen Truppen im Verlauf des Beschusses 12 Artilleriegeschosse ab.

Dan-news.info: Die Erklärungen Kiews über die Verkündung einer Entscheidung in der Sache des Oberst des Sicherheitsdienstes der Ukraine, der sich als UN-Mitarbeiter vorgestellt hat, durch ein Gericht der DVR, entspricht nicht den Tatsachen.

„Die Information, dass Suprun nach einem Gesetz der DVR verurteilt wurde, die die

ukrainische Seite und Geraschtschenko insbesondere verbreitet, entspricht nicht der Wirklichkeit. Es laufen Ermittlungen“, heißt es beim Pressedienst.
Wir erinnern daran, dass Mitte April von den Organen der Staatssicherheit der DVR der Oberst des Sicherheitsdienstes der Ukraine Jurij Suprun festgenommen wurde. Wie der Pressedienst des Staatssicherheitsministeriums mitteilte, bezeichnete sich Suprun als Vertreter der UN-Mission, aber legte keinen entsprechenden Beweis vor.

Vormittags:

De.sputniknews.com: Der russische Präsident Wladimir Putin hat den Teilnehmern, Organisatoren und Gästen des XX. Petersburger Internationalen Wirtschaftsforums eine Grußbotschaft geschickt, gibt der Pressedienst des Kremls bekannt.

„Von Jahr zu Jahr wird das Forum repräsentativer und einflussreicher. Bei seinen Sitzungen, Runden Tischen und Podiumsgesprächen werden die schärfsten und aktuellsten Probleme unserer Zeit besprochen. Russische und ausländische Politiker, Vertreter von Geschäftskreisen und Wohlfahrtsorganisationen tauschen ihre Erfahrungen aus und schlagen zukunftssträchtige Entscheidungen in verschiedenen Bereichen von Wirtschaft, Finanzen, Handel und Investitionen vor“, so Putin.

Der Präsident erinnerte daran, dass das Forum unter dem Motto „An der Schwelle einer neuen wirtschaftlichen Realität“ steht, und betonte, dass „die Aktualität dieses Themas offensichtlich ist“.

„Politische und soziale Faktoren beeinflussen die Weltwirtschaft immer mehr. Die Herausforderungen, vor denen sie steht, bedürfen koordinierter Handlungen, um ein stabiles und balanciertes Wachstum zu ermöglichen“, sagte Putin. „Wir sollen gemeinsam nach zusätzlichen Anreizen für die Entwicklung suchen und das industrielle, technisch-wissenschaftliche und innovative Potenzial sowie die Integrationsstrukturen der Staaten besser ausschöpfen. Wir müssen auch rechtzeitig auf die sich immer wieder verändernde Marktkonjunktur und die sich abzeichnende Transformation der globalen technologischen Ordnung reagieren“.

Ferner unterstrich der russische Präsident, dass „auf die Teilnehmer und Gäste des Forums ein besonders intensives Programm wartet“, darunter Treffen der Geschäftsverbände im Rahmen der G20, BRICS und SOZ, von Russland und Kasachstan, Italien und anderen Ländern, eine Sondersitzung des Diskussionsklubs Waldai und des Russischen Forums des klein- und mittelständischen Unternehmertums.

Traditionell werden die Auszeichnungen „Globale Energie“ und „Entwicklungsprämie“ verliehen. Im Rahmen des Forums wird es auch ein Gipfeltreffen der Direktoren der größten Energieunternehmen geben. Zum ersten Mal wird eine Konferenz über die Erschließung der subarktischen Territorien durchgeführt.

Ukrinform.ua: Die USA werden der Ukraine 220 Millionen Dollar für die Unterstützung der Reformen im Land bereitstellen. Das teilte das Weiße Haus nach einem Treffen des US-Vizepräsidenten Joe Biden mit dem Regierungschef der Ukraine Wolodymyr Hrojsman mit. Das Weiße Haus plant mit diesem Hilfspaket die Reformen in den Bereichen Wirtschaft, Politik und Energiewirtschaft zu fördern, heißt es. Konkret gehe es um die Beschleunigung der Zollreform, die Korruptionsbekämpfung, Dezentralisierung und die Unterstützung der Energiesicherheit.

De.sputniknews.com: Sarkozy über Sanktionsaufhebung: Putin muss als Stärkster den ersten Schritt tun

Frankreichs Ex-Präsident Nicolas Sarkozy hat sich für die Aufhebung der europäischen Sanktionen gegen Russland geäußert, vermutet aber, dass Moskau als stärkster Spieler den ersten Schritt machen muss.

„Ich gehöre zu denen, die glauben, dass die Sanktionen weg müssen, wir haben auch so genug Probleme. Wir können es uns nicht leisten zu leiden, und der Stärkste muss als erster die Hand reichen“, sagte Sarkozy am Donnerstag bei der Plenarsitzung des Internationalen Wirtschaftsforums in St. Petersburg.

„Der Stärkste ist Russland, und das ist Präsident Putin“, fügte er hinzu.

Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und der EU hatten sich nach dem nationalistisch geprägten Umsturz in der Ukraine von 2014 verschlechtert.

Die westlichen Staaten hatten den Sturz von Präsident Viktor Janukowitsch und die von der Opposition gestellte Regierung anerkannt, jedoch nicht das darauffolgende Referendum auf der von Russischstämmigen dominierten Schwarzmeerhalbinsel Krim, die eindeutig für eine Wiedervereinigung mit Russland stimmten.

Nach dem Beitritt der Krim zu Russland verhängten die USA und – auf ihr Drängen hin – die EU in vier Etappen politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland. Moskau konterte mit einem Einfuhrverbot für eine ganze Reihe von Lebensmitteln aus den Ländern, die zuvor Sanktionen gegen Russland verhängt hatten.

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko führt am 22. Juni eine Online-Konferenz mit den Einwohnern Kiews durch. Fragen an den Führer des Donbass können alle ab heute über die Web-Seite von DAN einreichen.

„Fragen aus Kiew haben mich schon seit der ersten „Direkten Linie“ mit Charkow erreicht. Ich habe sie auf später verschoben und jetzt haben sich so viele angesammelt, dass mir scheint, es ist Zeit zu antworten. Die Fragen sind unterschiedlich. Es gibt harte, kritische, obwohl die überwiegende Mehrheit Unterstützung ausdrücken und Vorschläge, im Kampf gegen die ungesetzliche Regierung zusammenzuarbeiten“, erzählte das Oberhaupt der DVR.

Er erinnerte daran, dass Kiew für ihn eine russische Stadt ist und bleibt. „Überhaupt fühle ich beim Übergang vom Südosten nach Kiew keinen besonderen Unterschied, weil Kiew von Anfang an eine russische Stadt ist. Genauer noch, es ist seit der ersten Zeit eine multinationale Stadt. Und sie unter der Losung „Kiew für die Ukrainer“ zu ukrainisieren – das ist nicht gelungen, trotz der Versuche in der frühen Sowjetzeit und in der nachsowjetischen Zeit. Deshalb habe ich Kiew immer als meine Stadt empfunden, wie auch die Mehrheit der Menschen, nicht nur in der Ukraine, sondern auch vorher in der Sowjetunion und im russischen Imperium“, sagte Sachartschenko.

Nach seinen Worten durchlebt Kiew jetzt keine besseren Zeiten. „Gerade dort wurde der bewaffnete Staatsstreich durchgeführt und gerade diese Stadt wurde zuerst den bewaffneten Banden von Nationalradikalen zum Raub überlassen. Und wenn uns die Ursupatoren-Regierung mit bewaffneten Straftruppen und Banditen angegriffen hat, so wurde Kiew mit einem unglaublichen politischen Terror überzogen, vielleicht vergleichbar mit den Zeiten der nazistischen Besatzung während des Großen Vaterländischen Krieges“, sagte Sachartschenko.

Der Führer des Donbass unterstrich, dass wie zu Zeiten des Großen Vaterländischen Kriegs Kiew befreit werden muss. „Darin liegt eine unausweichliche Logik des historischen Prozesses. Die menschenfeindliche Ideologie wird immer besiegt – das ist eine Frage der Zeit. Und das Banderaunwesen und das sogenannte „Ukrainertum“ ist eine Ideologie und zwar eine menschenfeindliche, die als Grundlage nicht nur einen radikalen Nationalismus, sondern auch Rassismus hat. Deshalb werden wir, da bin ich überzeugt, diese Seuche gemeinsam mit den Kiewer bekämpfen und besiegen und nicht gegen die Kiewer“, sagte der

Oberhaupt der DVR.

De.sputniknews.com: Frankreichs Ex-Präsident Nicolas Sarkozy hat sich für eine Vereinigung der beiden Anti-IS-Koalitionen in Syrien stark gemacht. Gegen die berüchtigte Terrororganisation Daesh (auch „Islamischer Staat“, IS) kämpfen die syrische Regierungsarmee, unterstützt durch die russische Luftwaffe, und eine US-geführte Koalition mittlerweile parallel.

Ohne Russland könne die US-Koalition die Syrien-Frage nicht lösen, sagte Sarkozy am Donnerstag auf dem Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg. Es müsse eine Koalition geben, und nicht wie jetzt zwei. „Wir brauchen Russland, um die dramatische syrische Tragödie zu beenden“, sagte Sarkozy, mittlerweile einer der populärsten Oppositionspolitiker in Frankreich. „Die Führungsrolle von Herrn Putin kann uns helfen. (...) Wir werden die Syrien-Frage ohne Russland nicht lösen“...

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben am Abend und in der Nacht 194 Mörsergeschosse und Artilleriegeschosse auf die frontnahen Territorien der DVR entlang der Kontaktlinie abgeschossen. Dies teilte heute eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„In der Zeit von 19:15 bis 03:00 hat die ukrainische Seite die Umgebung von **Jasinowataja, Dokutschajewsk**, die südlichen Dörfer **Sosnowskoje, Talkowka** und **Oktjabrj** beschossen, die Stadtteile **Trudowskije** und **Alexandrowka** im Westen von **Donezk** und **Sajzewo** bei Gorlowka. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 125 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm, 49 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm und 20 Artilleriegeschosse des Kalibers 152 mm abgeschossen“, informierte der Gesprächspartner der Agentur.

Die Quelle fügte hinzu, dass die Abteilungen des Gegners von den Positionen in den Gebieten von Awdejewka, Nowotroizkoje, Beresowoje, Pawlopol und Showanka abgeschossen.

De.sputniknews.com: Frankreichs Ex-Staatschef Nicolas Sarkozy hat die USA und die Nato dazu aufgerufen, Russland in ihren umstrittenen Raketenschild in Europa aufzunehmen.

„Ich möchte, dass Europa einen Raketenschild hat“, sagte Sarkozy am Donnerstag beim Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg. „Es wäre auch gut, wenn die Nato einen solchen Schild hätte. Aber man muss auch die Russen daran beteiligen.“

Die USA hatten im Mai ihre Raketenstellung mit Überwachungsradar in Rumänien für voll einsatzfähig erklärt. Mit den universellen Startanlagen des Typs Mk-41 vor Ort können sowohl Abfangraketen als auch Tomahawk-Marschflugkörper mittlerer Reichweite gestartet werden, weshalb Moskau diese Anlage als Verstoß gegen den Vertrag über die Vernichtung der Raketen mittlerer und kurzer Reichweite (INF) kritisiert. In zwei Jahren soll eine ähnliche Anlage in Polen entstehen.

Formell begründen die USA und deren Verbündete dieses Raketenabwehrprojekt mit einem angeblichen Schutz vor dem Iran, der bis Sommer 2015 wegen seiner Atom- und Raketenprogramme international unter Sanktionsdruck stand. Obwohl die Weltgemeinschaft mit dem Iran eine Einigung im Atomstreit erzielte, wird an dem umstrittenen Raketenschild weiter gebaut.

Deshalb sieht Russland das Abwehrsystem gegen sich gerichtet. Moskau befürchtet nämlich, dass dieses Waffensystem auch nukleare Interkontinentalraketen abfangen und so das russische Atomarsenal entwerten könnte. Die USA bestreiten das, lehnen es jedoch ab, rechtsverbindliche Garantien dafür abzugeben, dass der entstehende Raketenschirm nicht auf Russlands Atomraketen abzielt.

Lug-info.com Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden 19 Mal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen, darunter auch mit Waffen, die gemäß den Minsker Vereinbarungen abgezogen sein müssten. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Aus Richtung Luganskoje wurde dreimal das Gebiet von **Logwinowo** sowie das Gebiet von **Kalinowka** beschossen. Die Kiewer Truppen haben mit Geschützen MT-12 „Rapira“, Mörser des Kalibers 82mm, Panzertechnik, Antipanzergrenatwerfern, automatischen Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Viermal wurde aus Richtung Nowoswanowka das Gebiet von **Kalinowo** mit Mörsern des Kalibers 120mm, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. Ebenfalls wurde dieses Gebiet mit Schusswaffen aus Richtung Troizkoje und Nowoalexandrowka beschossen.

Aus Richtung Troizkoje haben die Kiewer Truppen dreimal das Gebiet von **Weselogorowka** unter Anwendung von Panzergeschützen, Panzertechnik, Antipanzerraketenkomplexen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Das Feuer auf das Gebiet von **Rajewka** wurde aus Richtung Staryj Ajdar mit Granatwerfern und Mörsern des Kalibers 82mm eröffnet.

Mit Schusswaffen wurden die Positionen der Volksmiliz im Gebiet von **Staniza Luganskaja** beschossen.

Das Gebiet von **Kalinowo** wurde aus Richtung Popasnaja zwei mal mit Panzertechnik, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Das Dorf **Chrjaschtschewka** wurde aus Richtung Sisoje mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Verluste gibt es keine.

De.sputniknews.com: Am Mittwoch hat in Brüssel die Ministersitzung der Ukraine-Nato-Kommission stattgefunden, an der der ukrainische Verteidigungsminister Stepan Poltorak teilnahm. Bei dem Treffen stellte er einen Reformplan für den Verteidigungsbereich vor, schreibt die Zeitung „Kommersant“ am Donnerstag.

Der Ukraine wird ein umfassendes Hilfspaket bereitgestellt, das Beratungshilfe an Kiew in vielen Bereichen vorsieht. Die ukrainischen Behörden wollen bis 2020 ihre Armee den Nato-Standards anpassen. In der nächsten Zukunft ist die Teilnahme von Soldaten an Patrouillen im Schwarzen Meer zusammen mit Bulgarien, Rumänien und der Türkei geplant. Das russische Außenministerium sprach bereits von adäquaten Gegenmaßnahmen.

„Die unsere Armee in diesen Jahren ruiniert haben, flohen entweder oder gingen in Rente“, sagte Poltorak bei einer Pressekonferenz im Nato-Hauptquartier. „Deswegen reformieren jetzt die, die in der schweren Stunde die Heimat verteidigt und das Vorrücken des Aggressors tief ins Land gestoppt haben, unsere Armee.“ Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg teilte den Optimismus des Gastes aus Kiew. „Die Ukraine macht ständig Fortschritte auf dem Wege der Reformen, und wir sind zufrieden mit dem, was uns Herr Poltorak präsentiert hat. Allerdings steht ihnen noch ein langer Weg bevor, und wir sind uns allen Problemen bewusst, mit denen sie konfrontiert werden.“



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/31034/00/310340059.jpg>

Ukrinform.ua: Der US-Verteidigungsminister Ashton Carter begrüßte den Beginn des umfassenden Reformprozesses in der Ukraine im Bereich der Verteidigung und betonte, dass die USA und die Nato das Land ohne Unterstützung nicht lassen werden. Das geht aus der offiziellen Meldung von Pentagon nach dem Treffen von Carter mit dem ukrainischen Verteidigungsminister Stepan Poltorak am Mittwoch in Brüssel hervor, berichtet der Ukrinform-Korrespondent in Brüssel.

„Carter drückte dem Minister Poltorak die positive Bewertung im Zusammenhang mit dem Beginn eines ehrgeizigen Programms umfassender Reformen im Bereich der Verteidigung aus und bestätigte das Engagement der Vereinigten Staaten, die Ukraine weiter zu unterstützen, sowohl bilateral als auch im Rahmen der Nato“, meldet das US-Verteidigungsministerium.

Die beiden Minister diskutierten auch die russische Aggression im Osten der Ukraine.

„Carter betonte, dass die Vereinigten Staaten mit ihren Verbündeten für die vollständige Umsetzung der Minsker Abkommen zur Unterstützung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen sind“, heißt es weiter in der Meldung.

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Sarkozy warnt Kiew vor Verbot der russischen Sprache
Nicolas Sarkozy hat die ukrainische Regierung vor einer Diskriminierung der russischsprechenden Minderheit gewarnt. Eine Verbannung des Russischen als Amtssprache in der Ukraine wäre laut Frankreichs Ex-Staatschef ein schlimmer Fehler, weil das Russische für fast ein Drittel der Ukrainer die Muttersprache ist.

„Ein Ausschluss des Russischen als Amtssprache wäre die schlimmste Entscheidung der ukrainischen Regierung“, sagte Sarkozy, mittlerweile französischer Oppositionschef, am Donnerstag beim Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg. Russisch sei für mindestens 30 Prozent der ukrainischen Bevölkerung die Muttersprache, sagte Sarkozy.

„Man darf ihnen nicht verbieten, russisch zu sprechen.“

Das ukrainische Parlament hatte am 23. Februar 2014 – einen Tag nach dem gewaltsamen Sturz von Präsident Viktor Janukowitsch – das Gesetz über die Minderheitssprachen für ungültig erklärt. Dieses Gesetz erlaubte Regionen, in denen nationale Minderheiten mehr als zehn Prozent der Bevölkerung ausmachen, die jeweilige nationale Sprache als zweite Amtssprache zu nutzen.

Bei der Volkszählung von 2001 hatten 29,6 Prozent der Ukrainer Russisch als ihre Muttersprache bezeichnet. In den östlichen Industriegebieten Donezk und Lugansk war der Anteil der Russischsprachigen mit bis zu 74,9 Prozent landesweit am höchsten. Gerade in diesen Regionen sorgten der nationalistisch geprägte Umsturz in Kiew und die ersten Entscheidungen der neuen Machthaber für Unmut.

In Donezk, Lugansk und anderen Städten gingen Tausende Bürger auf die Straße, um mehr Selbständigkeit von Kiew zu fordern. Kiew reagierte mit Truppenentsendung. Bei Gefechten zwischen der regulären Armee und nationalistischen Freiwilligenbataillonen auf der einen Seite und den lokalen Volksmilizen auf der anderen sind laut UN-Angaben mehr als 9.000 Menschen getötet worden. Seit September gilt im Donbass eine Waffenruhe, die von beiden Seiten jedoch immer wieder verletzt wird.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/31000/34/310003417.jpg>

Ukrinform.ua: Das ukrainische Parlament hat am Donnerstag eine gesetzliche Mindestquote für ukrainischsprachige Titel in den Radioprogrammen eingeführt.

Mit 268 Stimmen verabschiedete die Werchowna Rada ein Gesetz über Änderungen im Gesetz „Über Fernsehen und Hörfunk“.

Nach Angaben der Vorsitzende des Ausschusses für Pressefreiheit Viktoria Sumar würden jetzt Radioprogramme bis zu einem Drittel aus ukrainischer Musik bestehen. 60 Prozent der Programme würden in ukrainischer Sprache moderiert werden.

Auch die Zeit der ukrainischsprachigen Sendungen wird laut Sumar geregelt.

Ria.ru: Das Oberhaupt der selbst ausgerufenen DVR Alexandr Sachartschenko hat bei der Präsentation des Buches von Sachar Prilepin „Alles, was gelöst werden muss...“ erklärt, dass er einen „Wendepunkt“ in der Situation im Donbass erwartet.

„Ein Wendepunkt wird auf jeden Fall kommen. Die Situation, die sich im Jahr 2014 begonnen hat zu entwickeln, muss zu einer Lösung kommen“, meint Sachartschenko.

Nach seinen Worten ist es notwendig „zu helfen“, „damit der Wendepunkt in die richtige Richtung erfolgt“.

Sachartschenko erklärte auch, dass die DVR den von den Milizen kontrollierten Teil der Grenze mit Russland nicht unter die Kontrolle der Regierung der Ukraine geben wird. „Das wird nie geschehen. Niemals wird es dazu kommen“, erklärte das Oberhaupt der DVR.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Major Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Von unserer Aufklärung wurde festgestellt, dass in Staniza Luganskaja gemeinsame Kontrollen von Vertretern des ukrainischen Streitkräfte, des Innenministeriums und des Sicherheitsdienstes der Ukraine stattfinden, um Personen aufzufinden, deren Verwandte auf dem Territorium der LVR leben“, teilte Marotschko mit.

„Diese Personen werden der Unterstützung von Soldaten der Volksmiliz der LVR beschuldigt. Ebenfalls sind Fälle bekannt, dass örtliche Einwohner vermisst sind, die der Sicherheitsdienst der Ukraine angeblich zur Durchführung eines Verhörs festgenommen hat“, erklärte der Vertreter der Volksmiliz und fügte hinzu, dass diese Menschen dann „als Kriegsgefangene“ in den Austauschlisten der ukrainischen Seite auftauchen.

„Nach Mitteilung von Einwohnern nimmt in Staniza Luganskaja unter den Soldaten der 28. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte, die Dienst am Checkpoint des Passierpunkts tun, die Zahl der Fälle von Plünderung und Erpressung zu“, stellte Marotschko fest.

„So werden für jedes Kilo Handgepäck, mit dem die Einwohner von Staniza Luganskaja das Territorium der LVR betreten wollen, von den ukrainischen Strafsoldaten drei Griwna verlangt“, sagte Marotschko.

„Leider können sich die Einwohner des von Kiew kontrollierten Territoriums bei niemandem über die Willkür der ukrainischen Strafruppen beschweren“, sagte er.

Der Vertreter der Volksmiliz berichtete, dass die Kiewer Soldaten Geld hauptsächlich bei alten Leuten und Frauen erpressen, die versuchen, selbst gezogene Gemüse nach Lugansk zu bringen und so irgendwelche Mittel für den Lebensunterhalt zu erwirtschaften.

„Nach Informationen unserer Aufklärung wurde im Gebiet von Nowoswanowka im Verantwortungsbereich des 10. Bataillons der 59. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte eine Konzentration von fünf T-64-Panzern und drei Einheiten Panzertechnik entdeckt“, teilte Marotschko mit.

„Auch im Gebiet von Troizkoje im Verantwortungsbereich des 2. Bataillons der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte wurde eine Feuerposition für einen 120mm-Mörser entdeckt“, fügte der Vertreter der Volksmiliz hinzu.

Ria.ru: Interview des Oberhaupts der DVR Alexandr Sachartschenko mit RIA Nowosti (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Wahrscheinlichkeit, dass Kommunalwahlen am 24. Juli in der DVR stattfinden, das heißt zu dem Zeitpunkt, auf den sie derzeit angesetzt sind, bewertete das Oberhaupt der nicht anerkannten Republik in einem Interview mit Ria Nowosti als „50 zu 50“.

Nach seinen Worten wird eine abschließende Entscheidung über ihre Durchführung oder Absage in einer Woche, am 23.-24. Juni, nach der nächsten Sitzung der Minsker Gruppe erfolgen. Dabei bewertete Sachartschenko die Durchführung der Wahlen im Donbass nach ukrainischen Gesetzen in diesem Jahr als „verschwindend gering“.

„Nein, es hat sich noch nichts geändert“, sagte das Oberhaupt der nicht anerkannten DVR auf die Frage von Ria Nowosti, ob es schon eine Änderung beim Zeitpunkt der Wahlen gibt.

„Das nächste Treffen in Minsk muss ein Ergebnis bringen – entweder sie finden statt oder sie finden nicht statt. Damit ist nicht das heutige Treffen gemeint, es ist das Treffen, was in einer Woche sein wird. Es wird ein Treffen zu den Wahlen stattfinden. Welche Entscheidung getroffen wird, welche Vorschläge die ukrainische Seite vorbringt, welche Vorschläge der Westen in Gestalt von Europa auf Hinweis der USA vorbringen wird – nun, wir werden es hören, sehen, dann werden wir eine Entscheidungen treffen“, erklärte Sachartschenko.

Nach seinen Worten ist die Wahrscheinlichkeit der Durchführung von Wahlen am 24. Juli „derzeit 50 zu 50“.

„Die Treffen sind jede Woche, das heißt am Mittwoch. Das heißt, eine Klarheit wird es am Donnerstag geben. Es wird nötig sein, sich mit den Dokumenten bekannt zu machen, die uns übergeben werden, es muss eine vorläufige Entscheidung erfolgen, das heißt am Donnerstag-Freitag wird es tatsächlich eine konkrete Antwort geben“, erklärte der Oberhaupt der DVR in einem Interview mit RIA Nowosti.

„Die Aufgabe und das Ziel, die wir uns 2014 gesetzt haben – einen Staat zu schaffen, das heißt, alle Institutionen der Staatsmacht, alle staatlichen Institute vollständig zu schaffen, das ist im Prinzip abgeschlossen. Das einzige abschließende Moment ist die Durchführung von Kommunalwahlen, die Wahl von Abgeordneten. Warum geschieht dies? Ich spreche nicht von Demokratie und allem übrigen. Erstens brauchen wir eine solche Einrichtung. Ich möchte, dass das Volk die Verantwortung für das, was in unserem Land geschieht, mit der Regierung teilt. Das heißt, das Volk muss daran teilnehmen. Und die besten Vertreter dieses Volkes müssen Entscheidungen treffen, entweder den Entscheidungen, die die Regierung trifft, zustimmen oder nicht zustimmen. Dann wird es eine echte Demokratie sein. Die Wahrscheinlichkeit, dass wir unsere Wahlen selbständig durchführen, ist sehr hoch“, erklärte Sachartschenko bezüglich der Notwendigkeit der Durchführung von örtlichen Wahlen. Was die Durchführung von Wahlen nach der ukrainischen Gesetzgebung betrifft, so ist nach Meinung Sachartschenkos „die Wahrscheinlichkeit der Durchführung von Wahlen in diesem Jahr verschwindend gering“.

„Um bei uns Kommunalwahlen durchzuführen, muss die Ukraine eine Reihe von Anforderungen erfüllen, die in den Minsker Vereinbarungen vorgeschrieben sind. Leider ist die Regierung der Ukraine aus zwei Gründen nicht in der Lage dies zu tun. Das Niveau des Radikalismus im Land ist so hoch, dass, wenn nur eine Entscheidung dessen getroffen wird, was in Minsk vorgeschrieben ist, die Regierung fallen wird. Deshalb muss Poroschenko laviieren. Ein zweites Moment, wie sehr sie auch laviieren, welche Entscheidungen sie auch treffen, wenn diese Entscheidungen uns nicht gefallen, wird dies auch nicht geschehen“, erklärte Sachartschenko in einem Interview mit RIA Nowosti.

Der Donbass ist zu einem direkten Gespräch der Oberhäupter der DVR, LVR und der Ukraine bereit und bedauert, dass dieser „grundlegende Punkt der Minsker Vereinbarungen“ bisher nicht erfüllt ist.

„Es ist sehr schlecht, dass ein grundlegender Punkt der Minsker Vereinbarungen verletzt wird, wir haben keinen direkten Kontakt mit der Regierung der Ukraine. Und unser Treffen findet nicht statt. Ich erwarte von diesen Treffen keine großen Erfolge oder Durchbrüche auf der praktischen Ebene, aber die vorgeschriebene Tatsache wird leider nicht erfüllt“, sagte Sachartschenko.

„Grundsätzliche Postulate gab es noch einige, aber es war mit klaren Worten vorgeschrieben: zur Normalisierung der Situation und der Regelung der Beziehungen ist ein direktes Treffen zwischen den Oberhäuptern der selbsternannten DVR und LVR mit der Führung der Ukraine notwendig. Wir haben uns noch nicht mit ihnen getroffen“, sagte er. Nach den Worten Sachartschenkos hätte ein solches Treffen „vor allem den Sinn für Poroschenko, sich mit mir zu treffen und nicht ich mich mit ihm“.

„Poroschenko hat einen Staat, der zweimal in Kämpfen besiegt wurde. Er kann bis heute seine Wirtschaft nicht wieder aufbauen und dank des Führens aktiver Kämpfe hat er sein Land in eine Sackgasse getrieben, in einen wirtschaftlichen Abgrund. In der Wirtschaft ist es zu einem Kollaps gekommen. Zum Erhalt meines Staates würde ich mich als normaler Staatsmann mit jedem treffen“, erklärte er.

Was Sachartschenko selbst betrifft, so würde er bei einem solchen Treffen „vorschlagen – Gehen Sie, bitte, von meinem Territorium, meinem Land, auf dem ich geboren wurde, meine Kinder geboren wurden, meine Freunde, meine Verwandten begraben sind und dann können wir über ein mehr oder weniger gegenseitig nützliches Zusammenleben reden“. „Beenden Sie diesen Krieg, den wir nicht begonnen haben. Er hat die Kompetenzen, die Truppen abzuziehen“, meint das Oberhaupt der nicht anerkannten Republik.

Die selbst ausgerufene DVR wäre nicht gegen die Stationierung von russischen Friedenstruppen im Donbass und hält es für sinnlos, die OSZE-Mission zu bewaffnen.

„Wir sind in diesem Fall nicht dagegen“, antwortete Sachartschenko auf die Frage, wie die DVR sich zum Vorschlag einer Stationierung russischer Friedenstruppen verhält. „Aber dann werden die Ukrainer schreiben, dass russische Truppen auf dem Territorium der DVR sind“, warnte er.

Nach Meinung Sachartschenkos hat der Vorschlag Kiews, eine bewaffnete OSZE-Mission an der Kontaktlinie zu stationieren, keinen Sinn. Er sagte, dass Pistolen keinen Schutz gegen Beschüsse mit anderen Waffen bieten, die einzige Variante in einem solchen Fall ist es, in Deckung zu gehen.

„Nehmen wir an, es gibt eine bewaffnete OSZE-Mission – Pistolen werden ihnen gerade nicht helfen.. Wenn ich auf sie mit einem Maschinengewehr aus 400m schieße, so werden sie mich mit einer Pistole sicher nicht treffen. Wenn auf sie geschossen wird, die jetzt unbewaffnet sind, dann bringen wir sie immer in irgendwelche Schützengräben“, sagte das Oberhaupt der DVR.

Er sagte, dass sich nicht nur Mitarbeiter vor den Beschüssen in Deckung bringen mussten, sondern auch der stellvertretende Leiter der Mission Alexandr Hug.

„Worüber soll man weiter reden? Hug selber lag buchstäblich vor kurzem unter einem Auto. Das war alles vor meinen Augen, ich habe es selbst gesehen“, erzählte das Oberhaupt der DVR.

Dabei ist nach seiner Auffassung insgesamt die Frage über eine Stationierung irgendwelcher Friedenstruppen im Donbass zu schwierig und kann nicht gelöst werden.

„Dies ist eine schwierige Frage, hier gibt es keine eindeutigen Antworten, ehrlich gesagt. Hier kann man nur auf die Situation hinweisen; wie sie sich entwickeln wird, können weder Sie noch ich, noch sonst jemand derzeit sagen. Welche Aufgaben bezüglich der Vereinbarungen in Minsk gelöst werden, heute und in der nächsten Woche, wird die Zeit zeigen. Diese Frage muss zurückgestellt werden, es ist zu früh darüber zu sprechen“, meint Sachartschenko.

Die selbst ausgerufene DVR verkauft Kiew bis zu 70% der in der Republik geförderten Kohle und ist bereit den Handel fortzusetzen.

„Die Ukraine kauft bis heute bei uns Kohle und ohne unsere Kohle würden sie bis heute frieren. Aber wir kämpfen nicht gegen das Volk der Ukraine. Wenn wir gegen das Volk der Ukraine kämpfen würden, würden wir keine Kohle verkaufen. Wir kämpfen gegen ein kleines Häuflein, das auf ungesetzlichem Weg im Jahr 2014 die Macht ergriffen hat. Deshalb werden wir Kohle verkaufen“, fügte Sachartschenko hinzu.

Was die Bedingungen betrifft, unter denen der Handel läuft, so sind dies „angemessene Bedingungen“, versicherte er.

Die Situation im Donbass hat sich wieder verschärft, weil Kiew sie anheizt, um die Fragen in der Ökonomie und der soziale Sphäre nicht lösen zu müssen.

„Die Situation hat sich verschärft, wir beobachten das täglich und stündlich“, sagte Sachartschenko.

Nach den Worten des Oberhauptes der DVR spitzt Kiew sie künstlich aus innenpolitischen Motiven zu.

„Wenn sie künstlich eine Verschärfung schaffen wollen und dann uns dessen beschuldigen... Aber die ganze Zeit ein und dasselbe Spiel zu spielen gelingt nicht. Sobald man beginnt, ernsthafte Fragen über die Probleme in der Ökonomie, der sozialen Sphäre zu stellen, ernsthafte Fragen über die weiteren Perspektiven diesen Konflikts, beginnt Kiew aus irgendeinem Grund zu schreien, dass eine Verschärfung an der Frontlinie begonnen hat“, erklärte Sachartschenko.

Nach Auffassung Sachartschenkos sollte das Schicksal des Donbass nicht auf dem Kampffeld, sondern in Verhandlungen gelöst werden.

Nach der Erklärung des Oberhauptes der DVR behalten die Milizen sich das Recht auf erwidernde Aktivitäten vor.

„Uns zu beschuldigen, dass wir uns verteidigen, ist wirklich der äußerste Zynismus. Wenn man auf uns schießt, so haben wir das Recht uns zu verteidigen“, erklärte das Oberhaupt der DVR.

Gleichzeitig weigerte er sich auf die Frage zu antworten, ob die Milizen der DVR gerichtete Schüsse gegen die Artillerie vornehmen, die die Ortschaften der selbst ausgerufenen Republik beschießt. „Dies ist ein militärisches Geheimnis“, antwortete er auf die Frage, ob

die DVR selbst Artillerie anwendet.

„Sie fragen mich jetzt nach einem militärischen Geheimnis, ich als Staatsoberhaupt habe nicht das Recht, diese Geheimnisse zu enthüllen. Denn wenn ich dies jetzt selbst erzähle, wie kann ich dann meine Kommandeure für die gleichen Worte bestrafen, nach denen Sie gefragt haben? Sagen wir so, wir führen erfolgreich Maßnahmen durch, die es der ukrainischen Seite nicht erlauben, uns mit Geschützen zu beschießen“, erklärte er.

De.sputniknews.com: Moskau will Randalierern bei EM in Frankreich Stadionbesuch in Russland verbieten

Russischen Fans, die in Frankreich für Randalen gesorgt haben, muss das Recht entzogen werden, Fußballspiele in Russland zu besuchen, teilte der Leiter des Nationalen Olympischen Komitees, Alexander Schukow, mit.

„Ich bin der Ansicht, dass ihnen das Recht, Sportereignisse zu besuchen, komplett verweigert werden soll“, sagte Schukow.

Dabei unterstrich der Leiter des Nationalen Olympischen Komitees, dass die meisten russischen Fans „absolut ruhige, normale Personen“ sind. „Wir sehen, dass ganze Familien mit Kindern die Spiele in Russland besuchen“, so Schukow weiter. Als Beispiel führte er die jüngste Eishockey-Weltmeisterschaft in Moskau und St. Petersburg an.

Nach dem Spiel gegen England (1:1) waren 30 russische Fans in den englischen Fanbereich eingedrungen. Sie schlugen auf mehrere Briten ein und bewarfen die „feindlichen“ Fans mit Gegenständen. Die Schlägerei konnte erst durch das Eingreifen von Ordnungskräften beendet werden.

Am Dienstag hatte die UEFA dem Russischen Fußballbund (RFS) eine Geldstrafe von 150.000 Euro auferlegt und die russische Nationalmannschaft bei der EM 2016 auf Bewährung gesperrt.

De.sputniknews.com: Russlands Präsident Wladimir Putin will das Internationale Wirtschaftsforum in St. Petersburg als Plattform nutzen, um die EU zu einer Normalisierung der Beziehungen mit Moskau aufzurufen, berichtet Bloomberg. Dennoch sollte man vom russischen Staatschef keine Zugeständnisse bezüglich der Ukraine erwarten.

Putin wird während seiner jährlichen Rede auf dem Petersburger Wirtschaftsforum die Europäische Union zu einer Normalisierung der Beziehungen mit Russland aufrufen, schreibt Bloomberg unter Berufung auf drei russische Beamte, die Einblick in die Vorbereitung der Rede haben. Die Ansprache des russischen Präsidenten ist für den 17. Juni geplant.

Laut den Quellen wird Putin der EU keine Zugeständnisse bezüglich der Ukraine machen.

Zwei Beamte erläuterten gegenüber der Agentur, dass Moskau zwar keinen schnellen Fortschritt erwarte, was die Aufhebung der Sanktionen betrifft, Putin aber dennoch hoffe, dass es in dieser Frage „Licht am Ende des Tunnels gibt“. Über weitere Details der bevorstehenden Rede des russischen Staatschefs berichtet Bloomberg nicht.

Was die Normalisierung der Beziehungen mit den USA und ihren Verbündeten betrifft, sagte der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, dass dies ein „ständiger Appell“ Putins sei, dieser jedoch ignoriert werde.

Beim Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg werden europäische Spitzenpolitiker anwesend sein, unter anderem EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker und Italiens Premierminister Matteo Renzi. Der Besuch Junckers wird mit besonderer Aufmerksamkeit betrachtet, da zwei Wochen nach dem Abschluss des Forums ein EU-Gipfeltreffen stattfindet, auf dessen Agenda unter anderem die Verlängerung der anti-russischen Sanktionen um ein halbes Jahr steht.

Zuvor hatte die Zeitung „Politico“ unter Berufung auf diplomatische Kreise berichtet, dass eine Reihe westlicher Länder, darunter Großbritannien und die USA, Junckers Teilnahme am Petersburger Wirtschaftsforum kritisiert haben. Der EU-Kommissionspräsident selbst rief dazu auf, seine Reise nach Russland nicht mit der Aufhebung der

Sanktionen gegen das Land in Verbindung zu setzen. Laut Peskow werden Putin und Juncker versuchen, „zu schauen, wohin wir in unseren Russland-EU-Beziehungen gehen“. Wie ein Vertreter Junckers zuvor gegenüber „Financial Times“ sagte, wird der EU-Kommissionschef „nicht als Unterhändler, sondern als Vermittler“ nach St. Petersburg reisen. Jeder, der von Junckers Visite etwas anderes erwarte, „wird enttäuscht“, fügte er hinzu. Ende April hatte ein russischer Beamter den Medien erläutert, dass die diesjährige Agenda des Internationalen Wirtschaftsforums „nach außen gerichtet“ sei. Putin wolle den westlichen Geschäftskreisen ein Signal senden, dass ausländische Unternehmen, die jetzt nach Russland zurückkehren, mehr Dividenden erhalten, weil sie das früher als andere tun.

Dan-news.info: Mehr als 2000 Einwohner der DVR haben die Petition an den UN-Sicherheitsrat gegen die Verletzung der Minsker Vereinbarungen durch die ukrainische Seite unterzeichnet, teilte heute die stellvertretende Leiterin des zentralen Exekutivkomitees der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaia Respublika“ Olga Posdnjakowa mit.

De.sputniknews.com: Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat am Mittwoch in der Staatsduma (Parlamentsunterhaus) während der Regierungsstunde zu vielen wichtigen Themen Stellung bezogen, schreibt die „Nesawissimaja Gaseta“ am Donnerstag. Lawrow äußerte sich zu verschiedenen Themen – von Syrien und den antirussischen Sanktionen bis zum Berg-Karabach-Konflikt und dem Schicksal des TV-Senders RT. Allerdings trat das alles vor der Fußball-EM in Frankreich in den Schatten. Der leidenschaftliche Anhänger des Fußballvereins Spartak Moskau las den russischen Fans die Leviten und kritisierte englische Fans und französische Behörden. Lawrow begann die Regierungsstunde mit Komplimenten an die Abgeordneten und bedankte sich bei ihnen für das Interesse an der Arbeit des Außenministeriums. Danach beschrieb er den vom Lande gewählten außenpolitischen Kurs unter Führung von Wladimir Putin. Der Präsident nenne offen die Dinge bei ihren Namen, unterstreiche die Notwendigkeit, eine Ausweitung des Konfliktpotentials zu verhindern, und bestätige die Bereitschaft Russlands, mit allen Staaten an der Schaffung eines modernen blockfreien internationalen Sicherheitssystems zu arbeiten, sagte Lawrow. Allerdings teilen nicht alle Länder den Wunsch Russlands, eine polyzentrische Architektur der Welt aufzubauen und setzen Russland deshalb unter Druck, damit es auf prinzipielle Herangehensweisen zu Problemen der Weltordnung verzichtet. „Unsere Partner im Westen mit den USA an der Spitze versuchen mit allen Mitteln, die globale Dominanz zu erreichen, und errichten eine antirussische Abschreckungsfront nach dem Vorbild des Kalten Krieges.“ Damit werde der Wunsch erklärt, auf Kosten Russlands die transatlantische Disziplin zu verbessern und die russischen Positionen als Konkurrent auf den Märkten von Energieträgern und Waffen zu untergraben, so Lawrow. Allerdings würde sich Russland nicht in eine Konfrontation hineinziehen lassen und weiterhin eine initiativreiche, selbstständige, verantwortungsvolle Politik ausüben, die sich auf die Hoheit des Völkerrechts sowie gemeinsame Methoden der Lösung von internationalen Problemen mit zentraler Rolle der Uno stützen werde. Danach skizzierte Lawrow die wichtigsten Aufgaben der Außenpolitik. In Bezug auf Syrien sagte er, dass die Operation gegen die Terrorgruppierungen IS und Dschebhat an-Nusra die Schaffung eines islamistischen Aufmarschgebiets im Nahen Osten verhindert habe. In Bezug auf die Regionalpolitik sagte Lawrow, dass Russland die Revision der Vereinbarungen zu Transnistrien und Berg-Karabach nicht zulassen, den Aufbau des Unionsstaates mit Weißrussland fortsetzen und eine effektive Arbeit der OVKS gewährleisten werde. Allerdings hingen die Hauptinteressen Russlands mit eurasischen Projekten und der Wende gen Osten zusammen, weshalb Russland aktiv in ASEAN, SOZ, BRICS vorgeht. Zu den westlichen Sanktionen sagte Lawrow, dass Moskau nicht herumläuft und versucht, die Partner zur Aufhebung der Sanktionen zu bewegen, weil ein solches Verhalten unwürdig

für Russland sei.

Dennoch traten alle diese Fragen in den Hintergrund angesichts des „Kampfes um Marseille“, dessen Anti-Helden russische Fans waren. Lawrow zufolge sind die französischen Behörden inakzeptabel vorgegangen und haben die Wiener Konvention verletzt, als ein Bus mit russischen Fans zur Überprüfung der Papiere gestürmt wurde. Die Behörden hätten die russische Botschaft bzw. das Konsulat darüber informieren sollen, was jedoch nicht getan wurde. Diplomaten erfuhren über den Angriff aus den sozialen Netzwerken.

Die Absicht der Sicherheitskräfte, den Bus zu stürmen, verstieß gegen die Verpflichtungen gemäß der Wiener Konvention. Lawrow übermittelte dem französischen Botschafter Jean-Marc Ayrault die mündliche Botschaft, dass ein solches Vorgehen unzulässig sei.

Gleichzeitig kritisierte Lawrow die russischen Fans. „Es ist unzulässig, sich so zu verhalten, wie das einzelne unserer Staatsbürger taten, die mit Bengalos kamen“, sagte Lawrow. Zugleich betonte Lawrow, dass nicht darüber hinweggesehen werden dürfe, dass versucht werde, provokative Handlungen von Fans aus anderen Ländern zu ignorieren – wenn die Flagge mit Füßen getreten und der russische Staat beleidigt wird, so Lawrow.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/31065/62/310656223.jpg>

De.sputniknews.com: Pilotin in der Politik: Sawtschenko verschläft Sicherheitsdiskussion in Rada

Nach der Freilassung der ukrainischen Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko versucht sich diese jetzt in Kiew als Politikerin. Dabei hat sie die jüngste Diskussion über die nationale Sicherheit der Ukraine in der Rada beinahe verschlafen.

Die Ex-Militärpilotin Nadeschda Sawtschenko musste während einer Sitzung des Sicherheitsausschusses im ukrainischen Parlament (Rada) gegen Schlafanfälle ankämpfen. Auf den vorliegenden Aufnahmen ist gut zu erkennen, wie Sawtschenko versucht, nicht in Schlaf zu versinken: Sie legt ihre Hände unter das Kinn, schüttelt ihren Kopf und beobachtet die Politiker um sich rum.

Der Abgeordnete der Volksfront-Fraktion, Andrej Teteruk, versuchte sogar, die vom Schlaf übermannte Neu-Politikerin wachzukriegen: Er griff zu einer Flasche Mineralwasser und bot ihr ein Glas Wasser an.

Viele Internet-User betonten, dass Sawtschenko viel zu müde ausgesehen habe. Einige meinten sogar, dass die Politikerin etwas verkatert wirkte.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/DjWMEluVyco" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/DjWMEluVyco>

Dan-news.info: Vertreter des Verteidigungsministeriums der DVR haben die Leiche eines weiteren Soldaten gefunden, der im Gebiet von Sajzewo gefallen ist. Dies teilte heute das Ministerium mit.

„Während der Bergung der Leiche unseres Soldaten bei Sajzewo wurde die Leiche eines weiteren toten Soldaten gefunden. Jetzt warten wir auf die OSZE-Patrouille und versuchen, sie zu bergen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Nach seinen Angaben sind in der Ortschaften wie zuvor russische Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination, die Verhandlungen mit der ukrainischen Seite führen, um das „Regime der Ruhe“ zur Durchführung der Bergung zu erhalten.

Zuvor war heute mitgeteilt worden, dass das Verteidigungsministerium der DVR die Leiche eines Milizangehörigen geborgen hat, der vor zwei Tagen von einem ukrainischen Scharfschützen in der Nähe von Sajzewo getötet wurde. Versuche, die Leiche zu bergen, wurden sofort nach dem Tod des Soldaten unternommen, doch der Scharfschützenbeschluss ließ dies nicht zu. Auf dem Weg von Verhandlungen der russischen Seite im Gemeinsamen Zentrum mit den ukrainischen Kollegen gelangt es, eine Vereinbarung über ein „Regime der Ruhe“ zu erreichen und die Leiche zu bergen.

De.sputniknews.com: EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat zu einer unverzüglichen Bereinigung der Unstimmigkeiten zwischen Russland und der EU „um der Zukunft unserer Völker und Länder willen“ aufgerufen.

„Es sollte keine Illusionen in Bezug auf die Probleme geben, die aktuell unseren Beziehungen im Wege stehen“, sagte Juncker bei der Eröffnung des 20. Internationalen Wirtschaftsforums in St. Petersburg. „Probleme sind da, es wäre auch gefährlich, sie außer Acht zu lassen. Wir müssen diese Unstimmigkeiten um der Zukunft unserer Völker und Länder willen unverzüglich bereinigen.“

Dafür sollten dem Politiker zufolge ehrliche Diskussionen über die Qualität der derzeitigen Beziehungen Russlands und der EU geführt werden. Beginnen solle man mit der „Erörterung der Minsker Vereinbarungen und einer Gewährleistung der Einhaltung der Normen des Völkerrechtes“.

Russland und die EU müssten „auch unter Berücksichtigung der Meinungsverschiedenheiten die Verantwortung für die Unterstützung von einheitlichen Normen, Regeln und Werten übernehmen“. Nur diese Werte könnten die Sicherheit hier und in der ganzen Welt gewährleisten, unterstrich Juncker.

„Es gibt Spannungen in unseren Beziehungen, wir müssen aber den Wirtschaftssanktionen zum Trotz den Dialog fortsetzen. Man muss die Tür offen halten“, so der Appell des EU-Kommissionschef.

„Die Tatsache, dass ich heute hier bin, zeugt davon, dass ich Brücken schlagen will“, erklärte Juncker weiter und fügte hinzu: „Ich kenne Präsident Putin, wir kommunizieren oft und offen miteinander. Ich bin mir sicher, dass wir solche ehrlichen Gespräche fortsetzen werden.“

Die EU und Russland haben sich gemeinsam einer Reihe von Herausforderungen gestellt, erinnerte der Politiker. Dazu gehören der Kampf gegen den Terrorismus, das Atom-Abkommen mit dem Iran und die Regelung der Syrien-Krise.

Lug-info.com: Pressekonferenz der Gesundheitsministerin der LVR Larisa Ajrapetjan (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Arbeitsentgelte der medizinischen Beschäftigten der Republik sind seit Dezember 2015 um 20% gestiegen.

In der nächsten Zeit wird eine weitere Erhöhung der Entgelte für die medizinischen Beschäftigten geplant.

„Nach Beendigung der Abrechnungen und der Festlegung des Haushalts für das 3. Quartal planen wir eine weitere Erhöhung um 5%“, sagte die Ministerin.

Seit Beginn des Jahres 2016 hat es in den Krankenhäusern der LVR keinen einzigen Todesfall einer Mutter bei der Geburt gegeben. Frauen, denen eine schwierige Geburt bevorsteht, werden in das spezialisierte Perinatalzentrum des Lugansker Republikanischen Klinischen Krankenhauses eingewiesen.

Die Zahl der Betten in den medizinischen Einrichtungen der Republik hat sich im letzten Jahr um das 1,5-fache erhöht.

„Noch im Jahr 2015 hatten wir 8000 Betten, dann 9000. Und jetzt haben wir in den Krankenhäusern der Republik 13.155 Betten“, berichtete sie.

Diese Betten sind im Durchschnitt zu 87% ausgelastet.

De.sputniknews.com: Russland hat der EU eine komplexe Revision der bilateralen Beziehungen vorgeschlagen und wartet jetzt darauf, dass die europäischen Kollegen ihre internen Konsultationen abschließen, wie der ständige Vertreter Russlands bei der Europäischen Union, Wladimir Tschischow, in einem Interview mit der „Rossijskaja Gaseta“ sagte.

Russland erhoffe sich in seinen Beziehungen zu der EU eine pragmatischere und erfolgreichere Partnerschaft, die in erster Linie auf das substantielle Ergebnis abzielt: mehr Tat als Rat“, sagte Tschischow.

„Wir haben unseren EU-Kollegen vorgeschlagen, eine komplexe Revision der Beziehungen vorzunehmen, zuerst in einem Inneren Format, und dann können wir zusammen unsere Leistungen besprechen. Dabei sind mehr als die Hälfte der föderalen Ministerien und Behörden in die Arbeit mit der EU einbezogen. Wir warten also, bis die EU ihre internen Konsultationen abschließt und zu einem solchen Gespräch bereit ist“, so Tschischow. Zurzeit habe die EU es nicht leicht angesichts der zahlreichen Probleme wie Migration, Brexit, Schuldenkrise in der Eurozone, die noch nicht bewältigt sei. All das verursache Widersprüche unter ihren Mitgliedsländern. „Wenn die Einheit von 28 Ländern zum Selbstzweck wird, wird diese Einheit auf Kosten der Qualität der einheitlichen Position erreicht. Es geht im Grunde genommen um den kleinsten gemeinsamen Nenner“, betonte Tschischow.

Er bedauere aufrichtig die Verbreitung von panischen Stimmungen in Bezug auf Russland in Europa, sagte der Russland-Vertreter. Allerdings spüre nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die politische Elite der EU bereits die Notwendigkeit, die Beziehungen zu Russland zu normalisieren.

Dabei sei der Streit über die Lage in der Ukraine nicht die Grundursache, sondern Anlass und "Katalysator" der heutigen Verfahrenheit in den Beziehungen der EU zu Russland geworden, so Tschischow weiter. So sei der Ständige Rat der Partnerschaft Russland-EU im Format der Außenminister zuletzt 2011, lange vor den Ereignissen auf dem Kiewer Maidan zusammengetroffen. Eine ganze Reihe von Gesprächsthemen wie Visalockerung sei seit langer Zeit „steckengeblieben“ und gute politische Impulse seien in der Bürokratie versunken.

Die Situation in der Ukraine hatte eine abrupte Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und der EU ausgelöst. Die EU-Länder verhängten individuelle Sanktionen gegen natürliche Personen, die bis zum 16. September 2016 gelten. Die sektoralen Einschränkungen, die ganze Wirtschaftszweige betreffen, sind bis zum 31. Juli und die Sanktionen gegen die angegliederte Krim bis zum 23. Juni gültig. Im Gegenzug beschränkte Russland die Einfuhr von Lebensmitteln aus den Ländern, die antirussische Sanktionen unterstützt hatten. Im Juni 2015 verlängerte Russland das Lebensmittel-Embargo um ein Jahr — bis zum 5. August 2016

Dan-news.info: Die Mitarbeiter des Energiesektors der DVR haben mit der Ausarbeitung

eines Projekts zum Wiederaufbau der durch die Beschüsse beschädigten Stromversorgung der Straßen in der Nähe des Donezker Flughafens begonnen. Dies teilte heute das Kohle- und Energieministerium der DVR mit.

„Während des bedingten Waffenstillstands hatten die Energetiker die Möglichkeit, die Objekte zu untersuchen, die Ausarbeitung einer Dokumentation zu beginnen und einen Zeitplan für die Wiederaufbauarbeiten zu erstellen“, informierte das Ministerium. „Inzwischen hat die Ausarbeitung eine Projektdokumentation für neue Systeme der Stromversorgung von Häusern auf der Wsletnaja-, Stratonawtow-, Krupskaja- und Goworow-Straße begonnen.“. Nach Angaben des Pressedienstes ist hier derzeit nicht einfach die Stromversorgung unterbrochen, in der Folge der Kämpfe sind Unterstationen und Strompfiler zerstört und die Stromleitungen fast vollständig vernichtet.

„Um in die Häuser der Einwohner dieses Teils der Hauptstadt der DVR Strom zu liefern, mussten technische Lösungen gefunden werden, die Ausgaben für den Kauf der notwendigen Ausrüstung und Materials zu minimieren. Im Zusammenhang damit entstand die Notwendigkeit, eine Projektdokumentation für neue Stromversorgungssysteme zu erstellen.

Den Hauptteil der Wiederaufbauarbeiten übernimmt das republikanische Unternehmen „Regionale Stromlieferungsgesellschaft“.

De.sputniknews.com: Russischer Fan: „Was machst du, wenn ein Brite dir den Schädel einschlagen will?“

In den vergangenen Tagen haben Medien die Randalen bei der Fußball-EM fast schon zu einer Auseinandersetzung auf politischer Ebene hochgeschaukelt. Ob aber nur die Russen die ganze Schuld dafür tragen, ist fraglich. In einem Sputnikinterview spricht ein russischer Fan über Details der Ausschreitungen zwischen den Fangruppen in Marseille.

Einem Russen würden im Durchschnitt zehn bis 15 Briten gegenüberstehen, sagt Iwan (erfundener Name).

„Wir hatten nur einen Fanblock, also 10.000 bis 15.000. Alle anderen waren Briten – ungefähr 70.000. Und das nur im Stadion, in der Stadt gab es noch mehr“, so der Russe. Außerhalb des Stadions sei es den ganzen Tag vor dem Anpfiff zu kleineren Zusammenstößen gekommen. Dabei seien die Briten nicht besonders wählerisch gewesen — Flaschen seien gegen jeden geflogen, der russisch aussah, ganz egal, ob das ein gewöhnlicher Fan, Hooligan oder Ultra gewesen sei.

„Wenn du in einem russischen T-Shirt herumspazierst, bekommst du sofort etwas ab. Es flogen Flaschen und Münzen. Die Briten okkupierten das ganze Stadtzentrum. Es gab kein einziges Lokal, wo nur Russen gegessen haben“, erzählt der russische Fan.

Iwan und seine Fangruppe hätten neutrale T-Shirts ohne Aufschriften getragen, allerdings habe das kaum geholfen — man habe ihnen angesehen, dass sie aus Russland seien.

Die Briten hätten sich sehr aggressiv verhalten, da sie sich ihrer Überzahl bewusst gewesen seien.

„Als sie zwei-drei Russen sahen, haben sie diese bewusst beleidigt. Sie zeigten verschiedene obszöne Gesten und schrien solche Parolen, wie ‘Putin ist ein ...’. (Ein in der Ukraine beliebter Sprachgesang zur Beleidigung des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Anm. d. Red.) Wahrscheinlich haben die das von den Ukrainern übernommen“, vermutet Iwan.

Danach hätten die Briten auf russischen Fahnen herumgetrampelt und sogar darauf uriniert. Beim Spiel hätten sie sich jedoch noch unkorrekter benommen – vom Fanblock der Briten seien Becher geflogen, dutzende hätten den Stinkefinger gezeigt. Erst danach sei „das passiert, was passiert ist“, so der Russe.

„Natürlich gab es bei den Briten viel mehr gewöhnlicher Fans, die keine Ultras sind. Doch auch sie kämpften. Eigentlich kämpften alle. In Großbritannien werden die Menschen nicht in Fans oder Hooligans unterteilt, jedermann ist im Falle eines Falles bereit, bei einer Schlägerei mitzumachen“, betont der russische Fußball-Fan.

Was jedoch tatsächlich mit dem bei den Zusammenstößen schwer verletzten Briten passiert

sei, wisse niemand bestimmt. Iwan habe darüber erst im Internet erfahren.

Mit den Polizisten hätten sich die Russen jedoch im Unterschied zu den britischen Hooligans gar nicht erst angelegt. So ein Ziel habe es nicht gegeben.

„Ich würde gern mal sehen, was ihr machen würdet, wenn euch jemand den Schädel mit einer Flasche einschlagen will. Einfach nur so, hinterrücks. Versucht ihr das dann tatsächlich mit Worten beizulegen?!“, fügte er hinzu....

Lug-info.com: Ein staatliches Unternehmen wird die Bergwerke der LVR bewachen, teilte der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrat, der Zivilschutzminister der LVR Sergej Iwanuschkin mit.

„Alle Bergwerke in der LVR, die bei uns existieren, sie werden unter die Kontrolle dieses Unternehmen kommen, das vom Treibstoff- und Energieministerium geführt wird“, unterstrich er.

Iwanuschkin erklärte, dass dieses Unternehmen geschaffen wurde, „um die Ausfuhr von Ausrüstung und Bodenschätzen zu kontrollieren“.

Abends:

Rusvesna.su: Die Russophobie in der Ukraine gewinnt an Fahrt. Ein weiteren Schritt gingen die Abgeordneten des Ternopolsker Stadtrates, die Werbung und Werbeschilder mit den Worten „Russland“ und „Moskau“ verboten.

Eine entsprechende Entscheidung wurde auf einer regulären Sitzung des Stadtparlamentes getroffen.

„Verboten sind in Ternopol Informationstafeln, auf denen die Worte „Russland“, „Russische Förderung“ sowie davon abgeleitete Wörter und Wortgruppen.

Manager, Miteigentümer, Eigentümer von Unternehmen, Institutionen und Organisationen sowie Einzelunternehmer haben innerhalb von 10 Tagen operative Maßnahmen zur Entfernung von Werbetafeln, Ankündigungen, Tafeln, Plakaten etc., die nicht der genannten Entscheidung gerecht werden, zu ergreifen“, heißt es im Beschluss.

Ebenfalls verboten die Abgeordneten die Übersetzung o.g. Worte in anderen Sprachen sowie das Wort „Moskau“.

De.sputniknews.com: Ein französisches Gericht hat drei russische Bürger zu Haftstrafen von zwölf bis 24 Monaten verurteilt. Die Russen wurden wegen Zusammenstoßen mit den englischen Hooligans in Marseille schuldig gesprochen, wie AFP meldet.

Nach dem EM-Spiel gegen England (1:1) am Samstag waren 30 russische Fans in den englischen Fanbereich eingedrungen. Sie schlugen auf mehrere Briten ein und bewarfen die „feindlichen“ Fans mit Gegenständen. Die Schlägerei konnte erst durch das Eingreifen von Ordnungskräften beendet werden...

De.sputniknews.com: Englische Hooligans haben am Mittwoch im Zentrum von Lille einen Russen schwer am Kopf verletzt. Später am selben Tag griffen albanische Fußballfans in der Fanzone in Lyon einen Franzosen und einen Belgier mit Messer an.

Ein Russe wurde nach der Attacke englischer Fans ins Krankenhaus gebracht. Der verletzte Blogger Nikita Panassjuk hatte englische Hooligans, die Fanlieder sangen und Russland beschimpften, auf Video aufgenommen.

Die Fans reagierten aggressiv und versuchten, dem Blogger die Kamera aus der Hand zu schlagen. Der Russe wurde dabei am Kopf verletzt.

Laut „Deutsche Welle“ wurden am Mittwoch bei heftigen Fan-Ausschreitungen in Lille 50 Menschen verletzt. 16 Personen mussten in Krankenhäusern behandelt werden. An den Krawallen waren nach Polizeiangaben etwa 200 Hooligans, zumeist Briten, beteiligt. Die Polizei setzte Augenreizstoffe gegen die Fans ein. In Lyon attackierten erhitzte albanische Fans französische und belgische Bürger, die nach dem Sieg der französischen Nationalmannschaft gegen Albanien die französische Nationalhymne „La Marseillaise“ angestimmt hatten. Laut AFP wurde ein Franzose mit einem Messer am Oberschenkel verletzt. Ein Belgier trug eine Schnittwunde am Gesäß davon.

Wie AFP weiter meldet, wurden die Fans von jeweils unterschiedlichen Personen angegriffen, die aber bisher nicht identifiziert worden sind. Das bedeutet, dass zwei Messer an einem Metallsuchgerät vorbei in die Fanzone geschmuggelt worden waren.

Das Polizeipräsidium fordert die EM-Organisatoren auf, die Sicherheitskontrollen am Eingang zur Fanmeile zu verschärfen. Die französische Polizei nahm am Mittwochabend in Lille 36 Fußballfans fest.



<http://>

[/cdn2.img.de.sputniknews.com/images/31066/95/310669505.jpg](http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/31066/95/310669505.jpg)